



PARTEI der
HUMANISTEN ^{SH}
Schleswig-Holstein



Wahlprogramm

Partei der Humanisten

Landtagswahl Schleswig-Holstein

Am 08. Mai 2022

VORWORT

Wir sind Humanisten und unser Herz brennt für Fakten.

Wir wollen für Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa eine rationale und fortschrittliche Politik, die individuelle Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung miteinander vereint. Dafür braucht es Veränderungen und neue Kräfte in der politischen Landschaft. Wir stehen für eine progressive Herangehensweise an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die Fakten stärker berücksichtigen und überholte Dogmen und Strukturen überwindet.

Unsere Welt ist im stetigen Wandel – wir sind überzeugt, dass auch die größten Herausforderungen unserer Zeit, der Klimawandel, eine nachhaltige Energiewende, soziale Spaltung und wachsender Populismus, konstruktiv, aufgeklärt und evidenzbasiert gemeistert werden können. Selbstbestimmung und Menschenrechte, Sicherheit und Freiheit, Möglichkeiten zur Entfaltung und Weiterentwicklung stehen für uns über Dogmen und Ideologien.

Um eine Welt zu schaffen, in der dies selbstverständlich ist, brauchen wir starke gemeinschaftliche Strukturen, die diese Grundsätze respektieren und schützen. Die Menschen tragen die Verantwortung, diese Welt zu gestalten, zu kommunizieren und daran mitzuwirken, auch den schwächsten Mitgliedern Teilhabe und Selbstentfaltung zu ermöglichen.

Wir können uns selbst überflügeln – wir wollen die Neugierde, den Gestaltungswillen, den Forschergeist in unsere Mitte, in unser gesellschaftliches Herz bringen. Wir haben keine Angst vor Neuem, wir begegnen neuen Erkenntnissen und Technologien offen und neugierig! Evidenz und Enthusiasmus schließen sich nicht aus. Wir haben Lust auf die Zukunft und wollen diese aktiv und progressiv gestalten – mit Herz und Verstand!

Für den Griff nach den Sternen braucht es ein solides Fundament – in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022 haben wir unsere Vision einer humanistischen Politik für das Land, für Deutschland und Europa und darüber hinaus festgehalten.

Wir sind Humanisten und unser Herz brennt für Schleswig-Holstein!

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----|
| VORWORT | 1 |
| UNSER POLITIKSTIL | 3 |
| UNSER LEITBILD | 4 |
| KLIMA UND ENERGIE | 7 |
| ENERGIE 2.0 UND CO ₂ -NEUTRALITÄT..... | 7 |
| KLIMAWANDEL BEKÄMPFEN..... | 8 |
| GESUNDHEIT | 10 |
| VERSORGUNGSSICHERHEIT | 10 |
| SELBSTBESTIMMUNG UND EVIDENZBASIERTE MEDIZIN..... | 11 |
| MOBILITÄT UND VERKEHR | 13 |
| MOBILITÄT NACHHALTIG GESTALTEN | 13 |
| NAH- UND FERNVERKEHR AUSBAUEN UND VERNETZEN | 14 |
| BILDUNG..... | 16 |
| HUMANISTISCHE BILDUNGSUMGEBUNG | 16 |
| DIGITALE BILDUNGSINFRASTRUKTUR..... | 17 |
| WOHNEN UND SOZIALES | 19 |
| LEBENSWERTER WOHNRAUM..... | 19 |
| SOZIALE GERECHTIGKEIT | 20 |
| DIGITALISIERUNG..... | 22 |
| UPGRADE DER INFRASTRUKTUR..... | 22 |
| DIGITALISIERUNG FÜR GESELLSCHAFTLICHEN MEHRWERT | 23 |
| LANDWIRTSCHAFT | 24 |
| SÄKULARISIERUNG..... | 26 |
| WISSENSCHAFT..... | 27 |
| EUROPA..... | 29 |
| WAR DAS SCHON ALLES? | 31 |

UNSER POLITIKSTIL

RATIONAL

Erst sammeln wir alle wichtigen Fakten, dann entwickeln wir unsere klare Position. Dabei hören wir auf die Wissenschaft und arbeiten auch selbst nach wissenschaftlichen Methoden. Frei von Dogmen hinterfragen wir immer wieder, ob unsere Standpunkte noch den neuesten Erkenntnissen der Fachleute entsprechen. Denn seine Positionen anzupassen, bedeutet nicht einzuknicken, sondern ermöglicht moderne Politik, die unsere Gesellschaft fit für die Zukunft macht.

LIBERAL

Freiheit und Selbstbestimmung sind kein Widerspruch zu Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wollen gleiche Chancen für alle und dass jeder auf seine Art das für sich Beste aus seinem Leben machen kann. Kollektive Ergebnisgleichheit lehnen wir ab. Denn jeder Mensch ist einzigartig und jede Gesellschaft ist die Summe ihrer einzigartigen Teile!

FORTSCHRITTLICH

Wir lieben neue Technologien und weltbewegende wissenschaftliche Errungenschaften. Denn nichts birgt eine größere Chance für die Menschheit, nichts kann Gesellschaften schneller voranbringen. Wir Humanisten denken weit voraus. Immerhin liegt der Altersdurchschnitt unserer Mitglieder bei Anfang 30 – wir werden noch viel Zukunft erleben!

UNSER LEITBILD

WISSENSCHAFT

Wir betrachten die wissenschaftliche Methode als den besten Weg, allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen. Dabei betonen wir das Zusammenwirken der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften. Wissenschaftliche Erkenntnisse bilden die Grundlage unserer technischen Zivilisation sowie die Quelle des Wohlstandes und der Lebensqualität des Menschen. Aus diesem Grunde betrachten wir die Wissenschaft neben Bildung und Säkularismus als unsere Kernkompetenz. Pseudo- und Grenzwissenschaften sowie esoterische Einflüsse auf Forschung und Lehre lehnen wir ausdrücklich ab.

FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMUNG

Die individuelle Freiheit ist die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Der Mensch ist eigenverantwortlicher Gestalter seines Lebens und der Gesellschaft. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen es für das eigene Leben trifft. Der Staat tritt nicht als Vormund seiner Bürger auf. Viel mehr hat er die Aufgabe, neben anderen Rechten insbesondere die individuelle Freiheit zu gewährleisten und zu schützen. In diesem Sinne sind wir eine liberale Partei.

SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT

Der Mensch ist ein soziales Tier. Seine herausragenden Fähigkeiten sind Kommunikation und Kooperation, Lernfähigkeit und Entwicklung von Kultur. Menschen setzen auf gegenseitige Hilfe und Solidarität. Durch Arbeitsteilung und noch mehr durch friedliche und kooperative Zusammenarbeit erreicht jeder Mensch für sich und die Menschheit insgesamt Hochleistung und Fortschritt. Als Humanisten schützen und unterstützen wir auch die schwächsten Mitglieder der Menschheit nach unseren besten Möglichkeiten. Eine gerechte Gesellschaft ist eine erfolgreiche Gesellschaft. In diesem Sinne sind wir eine soziale Partei.

FORTSCHRITT UND ZUKUNFT

Wir sind neugierige Forscher und Pioniere, Weltverbesserer und Gestalter der unaufhaltsamen Veränderung. Eine humanistische Gesellschaft wächst durch fundierte Erkenntnisse und die positive Wirkung auf das menschliche Zusammenleben. Wir nehmen unsere Zukunft aktiv in die Hand. Dabei ist es wichtig, Chancen und Risiken realistisch zu bewerten, und vorhandene Möglichkeiten und Werkzeuge verantwortungsvoll einzusetzen, um unseren Lebensraum und unsere Mitbewesen zu schützen und für kommende Generationen zu erhalten. In diesem Sinne sind wir eine progressive Partei.

HUMANISTISCHE PARTEI

Humanisten sind Individuen, die ihr Denken und Handeln danach ausrichten, was sie persönlich für richtig und wichtig halten. Wir begegnen uns auf Augenhöhe und unterwerfen uns nicht blind Autoritäten. Wir führen Auseinandersetzungen auf der Grundlage rational nachvollziehbarer Begründungen. Im Mittelpunkt unseres Strebens stehen Weltlichkeit, Selbstbestimmung, Solidarität und Toleranz. Wir klären Differenzen offen und sachlich, weil wir davon ausgehen, dass jeder Humanist für unsere Sache arbeitet. Unsere Zusammenarbeit ist geprägt von Aufrichtigkeit, Vertrauen, Zuverlässigkeit, Offenheit und Gleichberechtigung.

HUMANISTISCHE POLITIK

Das Leben in einer humanistischen Gesellschaft wird ausschließlich durch gemeinschaftlich vereinbarte Normen geregelt, die sich aus einer kritisch-rationalen und wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit der Realität ergeben. Wir folgen der von Menschen ständig weiterentwickelten Ethik ohne metaphysische Bezugspunkte. Humanistische Politik dient einzig dem Menschen und keinen Religionen, Ideologien, Dogmen oder Kollektiven. Wir sehen den Bürger als aufgeklärt und selbstbestimmt. Deshalb binden wir die Menschen in unsere Arbeit ein und bieten eine transparente und nachvollziehbare Politik.

HUMANISMUS

Im Mittelpunkt des Denkens und Handelns steht der Mensch selbst, seine Freiheit, sein Wohl, sein Glück und seine Entwicklung. Von ihm gehen Erkenntnis, Vernunft und Ethik aus. Er handelt, um positiv auf sich und auf Mitmenschen zu wirken. Kein Dogma und keine Ideologie ist dem menschlichen Wohlergehen oder den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen übergeordnet. Deshalb sind die Selbstbestimmung des Menschen und die Menschenrechte auch für den Humanismus von zentraler Bedeutung und essenzielle Bestandteile von Menschenrechtskonventionen und demokratischen Verfassungen weltweit.

EVOLUTIONÄRER HUMANISMUS

Wir sind evolutionäre Humanisten. Wir gehen davon aus, dass die Vorgänge im Universum Naturgesetzen folgen. Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch durch wissenschaftliche Methoden die Welt erkennen und verstehen kann. Wir sind durch natürliche Abläufe entstanden und sind Teil der Natur. Als hochentwickelte Lebewesen haben wir verschiedene natürliche Bedürfnisse, Emotionen und Triebe sowie die Fähigkeit, zu lernen, zu verstehen und rational zu denken, um vernünftig für uns und die Menschheit zu handeln.

TRANSHUMANISMUS

Im Transhumanismus sehen wir eine konsequente Ergänzung des evolutionären Humanismus. Neben Bildung und Wissenschaft dient insbesondere die moderne Technologie des 21. Jahrhunderts als Schlüssel zur optimalen Entfaltung und Weiterentwicklung menschlicher Fähigkeiten. Durch die rationale und verantwortungsbewusste Anwendung von Technologie soll der Menschheit ermöglicht werden, ihre evolutionär bedingten biologischen Einschränkungen zu überwinden. Neue Technologie sollen so sicher wie möglich gestaltet werden und so vielen Menschen wie möglich zugutekommen.

KLIMA UND ENERGIE

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die Bewältigung des vom Menschen gemachten (anthropogenen) Klimawandels. Dabei muss einerseits das weitere Vorschreiten der Folgen verhindert werden, andererseits müssen die schon bestehenden negativen Auswirkungen kompensiert werden. Dieses Leitmotiv sehen wir auf allen Ebenen politischen Handelns. Beide Aspekte müssen frei von Ideologien sein und auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse stets weitergedacht werden.

ENERGIE 2.0 UND CO₂-NEUTRALITÄT

Für eine erfolgreiche Energiewende benötigen wir ein strategisches und umfassendes Konzept, das flexibel an wissenschaftliche Erkenntnisse und verfügbare Technologien angepasst wird. Ein starres, von realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten unabhängiges Ziel wird zwangsweise scheitern. Letztlich muss auch der steigende Energiebedarf, etwa durch die Elektrifizierung des Individualverkehrs, berücksichtigt werden.

Deswegen stehen wir für eine Energiewende 2.0, welche zielgerichtet und verantwortungsvoll die Dekarbonisierung des Energiesektors vorantreibt. Energie kann auf zahlreiche Arten erzeugt werden, egal ob Solarenergie, Wind- oder Wasserkraft, Geothermie oder Kernenergie. Jede Erzeugungsart muss auf Basis der aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse und Risiken vorurteilsfrei geprüft und eingesetzt werden. Dabei ist der aktuelle Stand von Forschung und Entwicklung stets zu berücksichtigen.

Erneuerbare Energieerzeugung in Kombination mit zentralen oder dezentralen Speichern kann eine tragende Rolle spielen, wenn politische und technologische Hindernisse abgebaut werden. Während Gaskraftwerke zwar kurzfristig Kohlekraftwerke ersetzen können, muss eine vollständige Dekarbonisierung der Stromerzeugung unser aller Ziel sein. Dafür muss die Forschung in den betreffenden Fachgebieten gefördert werden.

Besonders Schleswig-Holstein bietet ideale Möglichkeiten für diese Transformation durch Wind- und Solarenergie in Kombination mit Geothermie. Hierfür müssen alle geeigneten Dachflächen mittelfristig mit Solarzellen versehen und als Teil eines dezentralen Energienetzes mit Speichern vor Ort ausgestattet werden. Die öffentliche Hand sollte mit ihren Liegenschaften hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Allerdings müssen vor allem finanzielle Anreize und raumplanerische Maßnahmen getroffen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Windkraftanlagen müssen auf dafür gemäß Windatlas geeigneten Flächen errichtet und betrieben werden.

Geothermie kann vielerorts die wegfallenden fossilen Erzeuger von Fernwärme ersetzen, diese sollten aber zusätzlich durch Wärmequellen aus dem Industriesektor, zum Beispiel Fabriken und Rechenzentren, ergänzt werden, um langfristig eine nachhaltige Wärmeversorgung bereitzustellen. Die bereits existenten

Forschungsprojekte im Bereich der Tiefengeothermie und Speicherung regenerativer Energien müssen weiter gefördert werden.

Um die Finanzierung von erneuerbaren Energien besser abzufedern, wollen wir die Gründung von Energiegenossenschaften landesweit vorantreiben und jede Kommune dazu ermutigen, dass ihre Bürger Anteil an der Energiewende haben können. Weiter möchten wir uns bundesweit für Novellierungen der EEG-Umlage, der Mieterstromgesetze sowie einer nachhaltigen Anpassung der CO₂-Steuer einsetzen, um eine faire Verteilung und Vergütung von erneuerbarer Energie zu gewährleisten.

Unsere Forderungen

- ✓ Ausbau von Solar- und Windenergie
- ✓ Ausbau der dezentralen Energiespeicher- und Verteilungskapazitäten
- ✓ Geothermie für Wärme- und Energieerzeugung
- ✓ Gründungsförderung von Energiegenossenschaften
- ✓ Verbesserte Rahmenbedingungen bei Mieterstrom, EEG-Umlage und CO₂-Steuer
- ✓ Technologieoffene Lösungsfindung

KLIMAWANDEL BEKÄMPFEN

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute direkt und auf vielfältige Art zu spüren. Selbst bei erfolgreicher CO₂-Reduktion werden wir noch über Jahrzehnte eine Verschärfung dieser Auswirkungen beobachten können. Deshalb ist es wichtig, bereits frühzeitig die Infrastruktur auf diese neuen Herausforderungen auszulegen.

Neben der Verringerung des CO₂-Eintrags in die Atmosphäre durch Dekarbonisierung der verschiedenen Wirtschaftssektoren, muss zusätzlich CO₂ der Atmosphäre entzogen werden, auch um die noch bestehende CO₂-Erzeugung zu kompensieren. Hierbei können CCS-Anlagen (*carbon dioxide capture and storage*) sowie andere Methoden zur Reduktion des atmosphärischen CO₂ zur Lösung beitragen. Weiterentwicklung und Erforschung dieser Technologien muss dringend vorangetrieben werden. Weiterhin bieten Power-to-X-Technologien die Option atmosphärisches CO₂ in Treibstoff umzuwandeln. Wir sehen in diesen Technologien einen Schlüssel zur Dekarbonisierung des gesamten Primärenergiebedarfs.

Die Auswirkungen des Klimawandels, Hitze und extreme Wetterereignisse, treffen auch zunehmend unsere Region, was eine Anpassung unserer Infrastruktur und Lebensweise an diese neuen Bedingungen unvermeidbar macht. Gerade Städte heizen sich durch starke Versiegelung und zusätzlichen Hitzeeintrag besonders auf. Dieser Effekt der Hitzeinseln muss reduziert werden, weshalb eine Versiegelung von Grünflächen weitestgehend vermieden werden muss und Bauwerke mit nachhaltiger Dach- und Fassadenbegrünung versehen werden sollen. Beides lässt sich mit kleinen Windkraft- und Solaranlagen verbinden.

Wir möchten dem Baustoff Holz in öffentlichen Baumaßnahmen den Vorzug geben und die bauplanerischen Rahmenbedingungen für dessen Einsatz erleichtern, da dieser CO₂ direkt in unserer Infrastruktur bindet und verschiedene weitere umwelttechnische Vorteile bringt. So wie Fernwärme eine effiziente Wärmeversorgung innerhalb der Siedlungsfläche durch Wärmeerzeugung außerhalb davon gewährleisten kann, kann Fernkälte den gleichen Effekt zur Kühlung erbringen und damit zahlreiche Klimaanlage in Stadtgebieten redundant machen. Die Klimatisierung wird bei weiter steigenden Temperaturen zunehmend wichtiger werden.

Bäume stellen eine wertvolle Ressource dar, spenden Schatten, Kühlung, Erholung und binden CO₂. Daher wollen wir die Pflanzung von Bäumen sowohl in Städten als auch auf dem Land deutlich ausweiten. Dies lindert die Effekte der Überhitzung der Städte an heißen Tagen, die in Zukunft verstärkt zu erwarten sind. Noch bedeutender ist der Effekt der CO₂-Speicherung durch Aufforstung. Moderne grüne Gentechnik kann hier helfen, Landwirtschaft effizienter zu gestalten und dadurch Flächen freizugeben, welche für mehr Blühstreifen für Insekten und die Aufforstung neuer Wälder genutzt werden sollen.

Moore sind von extremer Relevanz für den Klimaschutz. Sie dienen als natürliche CO₂-Senken, indem sie durch Pflanzenwachstum effektiv mehr Kohlenstoffdioxid speichern als durch Zersetzung von organischem Material frei wird. Die schleswig-holsteinischen Moorflächen müssen renaturiert, werden, damit sie diese Aufgabe erfüllen können. Die wirtschaftliche Nutzung kann dabei durch Paludikultur fortbestehen und einen eigenen Beitrag zur Klimaneutralität leisten.

Unsere Forderungen

- ✓ Förderung von Maßnahmen zur Reduktion des atmosphärischen CO₂
- ✓ Schutz und Erschließung von Grünflächen und CO₂-Senken
- ✓ Dach- und Fassadenbegrünung fördern
- ✓ Ausbau der Fernwärme- und Fernkälte-Kapazitäten
- ✓ Spezifische Förderung von Klimaadaptionsmaßnahmen
- ✓ Aufforstung von Wäldern auf freien Flächen und Pflanzung von Bäumen in der Stadt
- ✓ Moore renaturieren und Nutzung der Paludikultur fördern

GESUNDHEIT

Ein leistungsfähiges und zugängliches Gesundheitssystem ist die Grundlage für ein nachhaltiges gesellschaftliches Zusammenleben. Doch die vergangenen Jahre haben gezeigt, woran unser Gesundheitssystem krankt. Strukturelle Minderversorgung, Fehlinformationen und Pseudomedizin, übermäßige Bürokratisierung und Profitorientierung sowie Mangel an qualifiziertem Personal gefährden langfristig die Gesundheit der Bevölkerung. Gesundheit ist allerdings ein hohes Gut und stellt, als Grundlage für ein glückliches und selbstbestimmtes Miteinander, eine wichtige Komponente unserer humanistisch orientierten Politik dar.

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Eine der größten Herausforderungen für ein Gesundheitssystem ist es, die Versorgungssicherheit der Gesellschaft sowie einen fairen und adäquaten Zugang zu gewährleisten. Von der Ausbildung von medizinischem Fachpersonal bis zu dessen flächendeckendem Einsatz darf kein systembedingter Engpass entstehen.

Die Zahl der Studienplätze im Bereich Medizin ist regelmäßig zu prüfen und an den erwarteten Bedarf anzupassen, um den Folgen des demographischen Wandels besser begegnen zu können und personelle Lücken nachhaltig zu schließen. Gleiches gilt für das Einrichten von Ausbildungsplätzen von medizinischem Fach- und Pflegepersonal. Für diese muss eine faire Vergütung sichergestellt sein, die der Bedeutung dieser Berufe für unsere Gesellschaft angemessen entspricht.

Direkt vor Ort müssen die Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals verbessert werden. Eine chronische Unterversorgung an Personal und Gebrauchsgütern, insbesondere in Krisensituationen, darf sich nicht wiederholen. Es bedarf mehr und zielgerichteter Kontrollen, um die Qualität bei Pflege und Behandlung sicherzustellen. Die Arbeit des medizinischen Personals muss sich wieder mehr um die Versorgung der Patienten und weniger um bürokratische Prozesse drehen.

Die medizinische Versorgung muss stets flächendeckend gewährleistet sein. Die Verteilung von Fachpersonal muss besser gelenkt und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen erfolgen. Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für die Rückabwicklung von Häusern der Grund- und Regelversorgung ein. Auch muss die Anzahl an Notfallpraxen und -einrichtungen erhöht werden. Der Wochentag darf nicht über die Qualität und Abwicklung einer Behandlungsmaßnahme entscheiden. Um hier dennoch die gegebenen Ressourcen zu schonen, bedarf es einer besseren Lenkung der Patientenströme. Chatbots und per Video erreichbares Fachpersonal sowie ein allgemeiner Ausbau der Gesundheitskompetenz der Patienten sollen diese bei ihrer medizinischen Ressourcenauswahl unterstützen.

Um unser Gesundheitssystem auch langfristig stabil und nachhaltig aufzustellen, bedarf es konstanter Evaluation fehlerhafter und erfolgreicher Praktiken im In- und Ausland.

Langfristig streben wir die Einführung einer einheitlichen, solidarischen Krankenversicherung mit einkommensabhängigen Beiträgen und damit ein Ende der Zweiklassenmedizin an. Dies würde eine ausreichende Versorgung sicherstellen, die Kosten begrenzen und den Verwaltungsaufwand stark reduzieren.

Unsere Forderungen

- ✓ Arbeitsbedingungen verbessern, Qualitätssicherung gewährleisten
- ✓ Angemessene Vergütung für Fach- und Pflegepersonal
- ✓ Abbau von Bürokratie
- ✓ Mehr Studien- und Ausbildungsplätze einrichten
- ✓ Ausbau der Kapazitäten in der Notfallversorgung
- ✓ Bessere Lenkung der Patientenströme durch neue Technologien und Aufklärung
- ✓ Rückabwicklung der Privatisierung von Häusern der Grund- und Regelversorgung
- ✓ Langfristige Einführung einer einheitlichen und solidarischen Bürgerversicherung

SELBSTBESTIMMUNG UND EVIDENZBASIERTE MEDIZIN

In einem modernen Gesundheitssystem darf es keine moralische Bevormundung geben. Jeder Mensch hat ein Recht auf Selbstbestimmung auch bei medizinischen Fragen. Der Einsatz medizinischer Verfahren und Behandlungsmethoden muss stets auf Basis wissenschaftlicher Fakten erfolgen.

Auch in der Medizin ist die Wahrung der Freiheit des Individuums ein kostbares Gut, dazu gehört auch die körperliche Unversehrtheit. Die Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen muss erlaubt sein und die Durchführung sollte nicht pauschal kriminalisiert werden. Kriterien für die Möglichkeit eines solchen Eingriffs müssen wissenschaftlich begründet sein und die Interessen von Mutter und Ungeborenem angemessen berücksichtigen. Es darf außerdem von staatlicher Seite nicht länger toleriert werden, dass das Recht von Kindern auf körperliche Unversehrtheit durch die Glaubensvorstellungen der Eltern eingeschränkt wird. Wir lehnen eine, religiös motivierte Beschneidung Minderjähriger ohne medizinische Notwendigkeit grundsätzlich ab.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist für uns in allen Lebenslagen von besonderer Bedeutung. So muss dem Recht auf Sterbehilfe stattgegeben werden und es darf nicht durch eine moralische Bevormundung einiger weniger entzogen werden. Ethische Prinzipien werden hier oft in dogmatischer Manier ignoriert.

Die Lehre an Universitäten und anderen Ausbildungsstätten in Schleswig-Holstein muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Homöopathie und ähnliche Praktiken dürfen nur im Kontext wissenschaftlicher Evidenz unterrichtet werden. Sie dürfen keine medizinische Behandlung ersetzen. Wir begrüßen daher, dass die Ärztekammer Schleswig-Holstein Homöopathie aus der Weiterbildungsordnung gestrichen hat, fordern dies aber auch von der Bundesärztekammer und den verbleibenden

Landesärztekammern. Esoterik darf nicht über die Kosten der Allgemeinheit gedeckt werden, daher darf auch Homöopathie nicht mehr Teil der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung sein.

Unsere Forderungen

- ✓ Liberalisierung der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch
- ✓ Verbot von medizinisch nicht-indizierter Beschneidung bei Minderjährigen
- ✓ Gewährleistung des Rechts auf Sterbehilfe
- ✓ Verhinderung der akademischen Weihen für Pseudomedizin
- ✓ Streichung der Homöopathie als Satzungsleistung der Krankenkassen

MOBILITÄT UND VERKEHR

Der Mobilitätssektor steht vor großen gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen, die man rational angehen und lösen muss. Fortbewegung muss in Zukunft nachhaltig und CO₂-neutral erfolgen. Gleichzeitig ist Mobilität essenziell für eine nachhaltige Entwicklung Schleswig-Holsteins als touristischer Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität im Land.

MOBILITÄT NACHHALTIG GESTALTEN

Auch der Mobilitätssektor muss einen entscheidenden Beitrag zur CO₂-Neutralität leisten. Neben technologischen Veränderungen wie der E-Mobilität muss auch ein Wechsel der Mobilitätsformen attraktiv gestaltet werden, etwa hin zu mehr Rad- und Zugverkehr.

Für den motorisierten Verkehr steht die E-Mobilität derzeit im Mittelpunkt. Doch darüber hinaus müssen auch die Optionen zur Nutzung von Power-to-X, Wasserstoff und anderen Energiequellen weiter erforscht und gefördert werden. Während die Dekarbonisierung beim Zugverkehr direkt über die Stromerzeugung erreicht werden kann, bedarf es beim Individual-, Bus- und Schwerlastverkehr einer anderen Herangehensweise. Hier fehlt es nach wie vor an geeigneter Ladeinfrastruktur für eine umfassende Elektrifizierung. Diese muss flächendeckend ausgebaut werden und vor allem dort verfügbar sein, wo Fahrzeuge längere Zeit abgestellt werden, etwa in Parkhäusern und an Supermärkten. Ein Ausbau von Carsharing-Angeboten kann außerdem durch feste Abstellplätze direkt damit verknüpft werden. Dies hat den positiven Nebeneffekt, dass der notwendige Parkraum in Stadtgebieten reduziert werden kann, da weniger Menschen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen sind.

Ein Umstieg auf alternative, CO₂-neutrale Mobilitätsformen ist Kernbestandteil einer nachhaltigen Mobilitätswende. Neben dem Nah- und Fernverkehr müssen vor allem die Radwegenetze sicherer ausgestaltet und besser vernetzt werden. Radwege müssen so ausgebaut werden, dass auch S-Pedelecs und Lastenräder diese sicher nutzen können. Doch auch die bestehenden Verkehrswege müssen modernen Standards gerecht werden. Marode Brücken müssen schnellstens erneuert werden, wobei die verwendeten Materialien nicht nur beständig und langlebig, sondern auch möglichst umweltverträglich sein sollten.

Unsere Forderungen

- ✓ Ausbau der E-Ladeinfrastruktur
- ✓ Ausbau von Carsharing-Angeboten
- ✓ Forschungs- und Innovationsförderung für nicht-fossile Antriebsarten
- ✓ Ausbau des Radwegenetzes in der Stadt und auf dem Land
- ✓ Freie Fahrt für S-Pedelecs
- ✓ Instandsetzung maroder Infrastruktur

NAH- UND FERNVERKEHR AUSBAUEN UND VERNETZEN

Der Nah- und Fernverkehr muss weiter ausgebaut und besser vernetzt werden. Das gilt insbesondere für die Anbindung zwischen dem ländlichen Raum, großen Zentren und dem direkten Umland.

Erster Ansatzpunkt ist hierbei eine bessere Verzahnung der Fahrpläne, auch über Tarifgrenzen hinweg. Es muss möglich sein, die Wartezeiten auf allen wichtigen Nahverkehrsrouten auf maximal 30 Minuten zu begrenzen. Weiter ist zu prüfen, wie durch die Reaktivierung von Bahnstrecken Kommunen wieder an das Schienennetz angeschlossen werden können, um so auch den individuellen Pendlerverkehr verstärkt von der Straße auf die Schiene zu bringen. Ein langfristiger Planungshorizont muss dabei auch die zukünftige Entwicklung von Fahrgastzahlen ins Auge fassen. Nicht jede einzelne Strecke muss wirtschaftlich betrieben werden. Eine gute Anbindung an den Nah- und Fernverkehr sorgt auch für eine höhere Attraktivität des ländlichen Raumes. Wo eine nachhaltige Einrichtung eines Nahverkehrsnetzes nicht dauerhaft möglich ist, müssen innovative und bedarfsgerechte Transportmöglichkeiten geschaffen werden.

In bestimmten Regionen muss das Schienennetz in Ost-West-Richtung erweitert werden, um überhaupt die Möglichkeit zur Nutzung der Bahn zu schaffen. Fehlende Verbindungen sind beispielsweise zwischen Flensburg und Niebüll, zwischen Schleswig und Eckernförde und zwischen Rendsburg und Heide zu ergänzen.

Aber nicht nur der Personennahverkehr muss auf der Schiene ausgebaut werden, auch der Güterverkehr muss von der Straße wieder auf die Gleise gebracht werden. In der Reaktivierung und dem Ausbau von Industriegleisen und anderen Gleistrassen sehen wir auch eine kurzfristige Option. Insbesondere große Logistikzentren benötigen eine direkte Anbindung an das Schienennetz.

Wir befürworten ebenso einen Ausbau des Fernstraßennetzes in Schleswig-Holstein, um die Mobilität zu verbessern und strukturschwächere Regionen besser an das bestehende Netz anzubinden. Besonders an der Westküste und Bereich Nordfriesland/Dithmarschen sehen wir Bedarf. Der geplante Ausbau der A20 ab Bad Segeberg ist generell begrüßenswert, doch wir erkennen die Probleme, die an den aktuellen Planungen bestehen. Der grundsätzliche Nutzen des Ausbaus überwiegt, doch darf dies nicht unzumutbar zu Lasten der Umwelt gehen und muss im Einklang mit der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU stehen.

Durch erhöhtes Aufkommen von Individualverkehr und der Überlappung von Mobilitätsformen sind viele Städte zunehmend gefordert. Das Konzept der autogerechten Stadt hat ausgedient und muss durch ein Konzept für eine menschengerechte Stadt ersetzt werden. Wir sehen die Zukunft unserer Städte in einem fußläufigen Erlebnis, das durch Bahn und Rad ergänzt wird. Daher müssen Umsteigemöglichkeiten vom PKW auf andere Verkehrsmittel eingerichtet und attraktiv gestaltet werden, etwa durch kostenfreie Pendlerparkplätze.

Wir befürworten eine Reduktion der Entgelte des ÖPNV, zum Beispiel über ein 365-Euro-Jahresticket. Verfügbare Mittel sollten zunächst in einen Ausbau des Netzes, besonders im ländlichen Raum investiert werden. Perspektivisch halten wir einen entgeltfreien ÖPNV für ein erstrebenswertes Ziel, um den Umstieg auf klimafreundlichere Mobilitätsformen attraktiver zu gestalten.

Unsere Forderungen

- ✓ Bessere Anbindung des ländlichen Raums und Vernetzung von Tarifgebieten
- ✓ Reaktivierung von Bahnstrecken zur Lückenschließung im Bahnnetz
- ✓ Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern
- ✓ Förderung alternativer Mobilitätsformen und deren Vernetzung
- ✓ Verkehrsberuhigung in Innenstädten
- ✓ Kostenfreie Pendlerparkplätze
- ✓ 365-Euro-Jahresticket im ÖPNV

BILDUNG

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es jungen Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen und ideologischen Einflüssen zu selbständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln. Für die Stärkung persönlicher Freiheitsrechte stehen die Vermittlung demokratischer Werte und die humanistische Aufklärung im Vordergrund.

HUMANISTISCHE BILDUNGSUMGEBUNG

Humanistische Bildung unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung, entwickelt und stärkt selbständiges Lernen, Sozial- und Methodenkompetenz, Kreativität und die Herausbildung eigener, kritischer Meinungen im Rahmen einer positiven Lern- und Fehlerkultur. Dies sind wesentliche Voraussetzungen für eine weltoffene und inklusive Gesellschaft.

Die Basis für Bildungsreformen sollten stets die ausgereiften, ideologiefreien Konzepte aus der didaktischen Forschung sein. Mit deren Umsetzung sollen die Schulen und Lehrkräfte nicht allein gelassen werden. Um eine einheitliche Umsetzung zu gewährleisten, müssen landesweite Standards eingeführt werden. Dies erleichtert beispielsweise auch den Schulwechsel innerhalb Schleswig-Holsteins. Langfristig aber wollen wir die Standards in ganz Deutschland angleichen. Die angeborene Freude am Entdecken und Lernen soll im humanistischen Bildungssystem erhalten oder möglichst schnell reaktiviert werden. Wir stehen für eine Individualisierung des Bildungspfades, damit jeder einzelne Lernende seinen Weg frei wählen und auf diesem optimal gefördert werden kann.

An einigen Schulen wurde mit dem Abschaffen von Noten in den unteren Klassenstufen zugleich ein Verbot von ehrlichen Rückmeldungen zur Schülerleistung eingeführt. Werden Probleme verschwiegen, kann jedoch keine sinnvolle Förderung erfolgen. Lehrkräfte sind frustriert, Eltern und Kinder verunsichert. Wir wollen, dass die Fakten auf den sprichwörtlichen Tisch kommen, um eine ehrliche und offene Feedback- und Fehlerkultur zu etablieren, an der Schüler lernen und wachsen können.

Viele Schüler haben zu Hause nur unzureichende Lernmöglichkeiten. Wir setzen uns für ein breiteres Angebot der ganztägigen Schülerbetreuung ein. Dies erweitert zudem die freie Entscheidung der Schüler über die Wahl des Ortes und der Art des Lernens. Orientierungsmöglichkeiten, wie individuelle Beratungsangebote für Schüler, sollen ebenfalls ausgebaut werden.

Lehrkräfte verbringen einen stetig steigenden Teil ihrer Arbeitszeit mit Verwaltungsaufgaben – auf Kosten des Unterrichts. Wir benötigen eine Entlastung der Lehrkräfte durch schlankere Vorschriften, gezielt eingesetztes Verwaltungspersonal und unkompliziertes Arbeiten auf zentral betreuten Bildungsservern.

Die staatlich geförderte Bildung soll weitestgehend kostenlos für alle Lernenden sein. Um sich vollumfänglich auf ihre Bildung konzentrieren zu können, ist es zusätzlich wünschenswert, dass Lernende finanziell unterstützt werden. Damit ein lebenslanges Lernen möglich ist, soll diese Unterstützung unabhängig vom Alter gewährt werden.

Es gibt bereits eine Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder für Wissenschaft und Forschung. Diese sagt jedoch nichts über die Qualität der Lehre an den jeweiligen „Exzellenzuniversitäten“ aus. So setzen wir uns für eine äquivalente Exzellenzstrategie für die Lehre ein. Denn neben Forschung ist Lehre die zentrale Aufgabe der Hochschulen und sollte neben einer Würdigung auch eine entsprechende Förderung erfahren. Studenten sollten bei der Hochschulwahl erkennen können, wie hoch die Lehrqualität an den verschiedenen Hochschulen ist.

Unsere Forderungen

- ✓ Standardisierte Bildungsreformen auf wissenschaftlicher Basis
- ✓ Individuelle Förderung statt homogener Massenerwartungen
- ✓ Ehrliche Rückmeldung zur Schulleistung
- ✓ Ausbau von Ganztagsangeboten und Beratungsmöglichkeiten
- ✓ Weniger Verwaltungsarbeit für Lehrkräfte
- ✓ Altersunabhängige finanzielle Unterstützung
- ✓ Exzellenzstrategie für die Lehre

DIGITALE BILDUNGSINFRASTRUKTUR

Durch die Corona-Pandemie wurde besonders deutlich, wie sehr digitale Infrastruktur im Bildungsbereich benötigt wird und wie wenig sie vorhanden ist. Denn um das Internet im Unterricht nutzen zu können, ist eine Breitband-Anbindung jeder einzelnen Schule notwendig. Wir brauchen einen deutlich schnelleren Netzausbau mit besonderem Fokus auf die Anbindung von Bildungseinrichtungen.

Damit die Digitalisierung an Schulen umgesetzt werden kann, wird jedoch mehr als nur Hardware benötigt. Lehrkräfte müssen auch kompetent damit umgehen können. Es bedarf eines breiteren Fortbildungsangebots für Lehrer zu moderner Technik und digitalen Medien, damit diese immer auf dem aktuellen Stand sind. Doch die Bereitstellung und Wartung von Hardware und Infrastruktur gehört nicht zu ihrem Berufsfeld. Diese Aufgaben sollten von professionellem IT-Personal erledigt werden, damit Lehrkräfte sich auf ihren Beruf konzentrieren können. Mehr zu diesem Thema findet sich im Abschnitt Digitalisierung.

Nicht alle Kinder haben zu Hause Zugriff auf Laptop, Tablet oder Desktop-PC. Vielen mangelt es auch an einem ruhigen Ort, an dem sie arbeiten können. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, um die Bildungsungleichheit zu reduzieren. Wir setzen uns daher für Möglichkeiten zur Ausleihe von Endgeräten oder der entsprechenden Nutzung vor Ort ein.

Unsere Forderungen

- ✓ Breitband-Internet an jeder Schule
- ✓ Weiterbildungen für Lehrer zum Umgang mit moderner Technik
- ✓ IT-Personal an Schulen
- ✓ Flächendeckende Bereitstellung von Endgeräten

WOHNEN UND SOZIALES

Schon lange ist es überfällig, dass dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegengewirkt wird, denn angemessenes und bezahlbares Wohnen muss für jeden möglich sein. Gerade in den großen Städten bedarf es daher einer nachhaltigen und langfristigen Entwicklung des Wohnumfeldes. Chancengleichheit, Hilfe zur Selbsthilfe und Unterstützung in der Not kennzeichnen unsere Sozialpolitik und es ist unser erklärtes Ziel, dass sich jeder Mensch frei entfalten und ein gleichberechtigtes und mitwirkendes Mitglied der Gesellschaft sein kann.

LEBENSWERTER WOHNRAUM

Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung, aber besonders in den Städten wird Wohnen zunehmend teurer und das Finden von neuem Wohnraum immer schwerer. Dies ist unter anderem eine Folge des demographischen Wandels und von Versäumnissen der Entscheidungsträger in den vergangenen Jahrzehnten.

Prognosen sehen für die Jahre bis 2030 eine Zunahme der Bevölkerung und der Haushalte besonders in den größeren Städten an der Ostküste und im Hamburger Einzugsgebiet von teilweise 5 % und mehr. Dagegen werden ländliche Regionen, die Landesmitte und die Westküste in gleichem Maße oder sogar stärker an Bevölkerung und Haushalten verlieren. Ein erster Schritt, um diesem Trend entgegenzuwirken, liegt in einer besseren Nah- und Fernverkehrsanbindung des umliegenden Landes sowie einer generellen, infrastrukturellen Aufwertung durch eine ausreichende Nahversorgung.

Gerade in den großen Städten bedarf es jedoch einer nachhaltigen und langfristig angelegten Entwicklung des Wohnumfeldes. Hierbei muss die Bürokratie spürbar abgebaut, müssen Hürden für Wohnentwicklungsprojekte reduziert und unnötige Subventionen vermieden werden. Anstatt weiter in die Fläche zu wachsen, müssen die Potenziale der Innenentwicklung mit Höhe und nachhaltigen Baustoffen genutzt und eine Versiegelung von Grünflächen vermieden werden. Neue Entwicklungen müssen auf Basis einer Konzeptvergabe erfolgen, statt an den Meistbietenden veräußert zu werden. Die Finanzierung von sozialem Wohnraum muss langfristig abgesichert und durch den weiteren Ausbau der öffentlichen Wohnungsbaunternehmen gefördert werden. Das Land kann hier die besondere Aufgabe der Bodenbevorratung übernehmen, um sich langfristig Flächen für zukünftige Entwicklungen zu sichern.

Privatpersonen müssen beim Erwerb von Wohneigentum spürbar entlastet werden, denn während Firmen Grunderwerbssteuern geschickt umgehen können, bleiben diese zusammen mit Maklergebühren für private Käufer eine unnötig hohe Belastung. Eigentum sichert allerdings vor Armut, weshalb die Erwerbsnebenkosten spürbar gesenkt werden müssen, unter anderem durch Deckelung von Maklergebühren und Erhöhung des Freibetrags der Grunderwerbssteuer.

Wohnraum darf nicht zum Luxusobjekt werden, auch nicht in den Städten. Eine langfristige Planung und umsichtige Förderung können hier nachhaltig dafür Sorge tragen, dass Wohnen nicht zu Armut führt.

Unsere Forderungen

- ✓ Aufwertung und Anbindung des ländlichen Raums an die Ballungsgebiete
- ✓ Schaffung von neuem Wohnraum durch Höhe statt Fläche
- ✓ Konzeptvergabe für Projekte der öffentlichen Hand
- ✓ Öffentliche Bodenbevorratung vorantreiben
- ✓ Entlastung von Privatpersonen beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die humanistische Sozialpolitik zeichnet sich durch ihr Streben nach Chancengleichheit, die Ermöglichung von Hilfe zu Selbsthilfe und unterstützende Angebote in Notsituationen aus. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, bedürfen dabei besonderer Unterstützung durch die Gesellschaft.

Wir lehnen Arbeitszwang und Strafmaßnahmen ab, die Menschen bevormunden und in ihrer Selbstbestimmung beeinträchtigen. Es braucht Maßnahmen, die Menschen motivieren und ermutigen, bessere Qualifikationen zu erlangen und auch selbstständig tätig zu werden. Eltern müssen dabei spürbar entlastet werden, zum Beispiel bei der Wahl der Kindertagesstätte. Wir stehen für den Anspruch auf einen kostenfreien Kita-Platz in der Nähe des Wohnorts, der von einem weltanschaulich neutralen Träger zur Verfügung gestellt wird.

Soziale Fairness darf nicht Opfer von überbordender Bürokratie werden. Viele Prozesse, insbesondere zur Beantragung von staatlichen Leistungen, sind derzeit sehr kompliziert gestaltet. Einerseits ist eine genaue Prüfung erforderlich, um Leistungen nicht unberechtigt zu erbringen, andererseits muss aber auch geprüft werden, ob die Bürokratie hier noch im Verhältnis zum Erfolg steht. So ist es beispielsweise nicht sinnvoll, teure Prüfungen einzusetzen, um verhältnismäßig geringe Beträge zu kontrollieren. Insbesondere bei Prozessen zur Unterstützung von Bedürftigen dürfen Auszahlungen nicht durch unnötig komplizierte Prozesse verhindert oder verringert werden.

Wir setzen uns für die Einführung eines universellen Grundeinkommens ein. Diese Einführung muss, basierend auf einem zu erarbeitenden und tragfähigen Konzept, über einen langen Zeitraum schrittweise erfolgen und Möglichkeiten bieten, Fehlentwicklungen zu erkennen und korrigierend einzugreifen. Deswegen möchten wir den Start eines regional begrenzten Grundeinkommen-Experiments vorantreiben, um bei einer zukünftigen flächendeckenden Einführung auf eine gute Datengrundlage zurückgreifen und hierbei Verbesserungen vornehmen zu können.

Unsere Forderungen

- ✓ Selbstbestimmung und freie Entfaltung als mitwirkendes Mitglied der Gesellschaft
- ✓ Kostenlose und weltanschaulich neutrale Kindertagesstätten
- ✓ Flächendeckender Bürokratieabbau öffentlicher Prozesse
- ✓ Landesexperiment zum Grundeinkommen (BGE-Experiment)

DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung wird unsere Zukunft prägen. Wir möchten ihre Chancen frühzeitig ergreifen und fördern, auch um potenziellen Gefahren rechtzeitig entgegenzuwirken. Wir wollen Deutschland nicht nur auf die zunehmenden Veränderungen vorbereiten, sondern diese mutig vorantreiben und positiv beeinflussen. Dabei darf Digitalisierung nicht zum Selbstzweck werden. Wir wollen daher die zugrundeliegenden Technologien und die Forschung fördern, bei der Anwendung jedoch abwägen, ob eine Digitalisierung im jeweiligen Fall sinnvoll ist.

Das Menschenrecht auf Privatsphäre kann nur geschützt werden, wenn beim Datenschutz grundsätzlich informationelle Selbstbestimmung gewährleistet wird. Je mehr Daten digital verarbeitet werden, umso wichtiger ist es, Datenschutz und Datensparsamkeit schon von Beginn an konsequent umzusetzen. Dabei darf Datenschutz auch auf keinen Fall zum Selbstzweck werden oder gar als Vorwand für eine eigentlich technikfeindliche Haltung dienen. Entscheidungen müssen zeitgemäß, transparent, verständlich und praktikabel sein.

UPGRADE DER INFRASTRUKTUR

Das Internet ist eine für alle Wirtschaftszweige relevante Ressource, die essenziell für Innovation, Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit ist. Dafür brauchen wir eine einfache, praxisnahe und sichere Rechtslage für Kommunikation, Online-Handel und Datenschutz. Netzneutralität ist dabei ein wichtiger, schützenswerter Baustein.

Wir sehen im Internet auch ein Werkzeug der Demokratie und wollen es vor Manipulation und Machtmissbrauch schützen. Wir wollen eine Kultur der Freiheit, Offenheit, Dezentralität und Kooperation fördern. Staatliche Zensur darf nicht toleriert werden.

Privatleute und Unternehmen benötigen jederzeit und flächendeckend schnellen und stabilen Zugang zum Internet, sowohl durch Breitbandanschlüsse wie auch über das Mobilfunknetz. Wo der Ausbau der Infrastruktur nicht ausreicht oder nicht in angemessener Zeit erfolgt, muss dieser Missstand beispielsweise durch Regulierung, zusätzliche Anreize oder staatliche Investitionen behoben werden. Hierzu sollen die Kriterien und bürokratischen Hürden herabgesetzt werden.

Öffentliche Einrichtungen wie beispielsweise Schulen und Bibliotheken benötigen eine zeitgemäße und angemessene digitale Ausstattung. Anstelle von Einzellösungen an den jeweiligen Standorten sollen bestehende Lösungen hierbei so weit wie möglich von nur einer verantwortlichen Stelle bereitgestellt werden. Darüber hinaus muss für die einzelnen Standorte vor Ort IT-Fachpersonal bereitstehen, um einen stabilen Betrieb zu gewährleisten.

Die Digitalisierung der Behörden soll zügig vorangetrieben werden. Alle für Bürger zugänglichen Leistungen sollen auch online verfügbar und verständlich sein. Dabei steht

weiterhin auch der klassische Behördengang zur Verfügung, insbesondere für Personen, die keinen Zugang zu entsprechenden Technologien haben. Bibliotheken sollen als generelle Weiterbildungsstätten wie auch die Bürgerämter einen Zugang zu den notwendigen Technologien hierfür bereitstellen und bei der Nutzung unterstützen. Die Umsetzung soll dabei landesweit einheitlich erfolgen und im Idealfall auch mit anderen Bundesländern abgestimmt werden.

Unsere Forderungen

- ✓ Herabsetzung der Anforderungen für die Finanzierung des Breitbandausbaus
- ✓ Einheitliche Infrastruktur und Personal vor Ort für öffentliche Einrichtungen
- ✓ Beschleunigung der Digitalisierung der Behörden
- ✓ Öffentlicher Zugang zu digitalen Behördengängen an Bibliotheken

DIGITALISIERUNG FÜR GESELLSCHAFTLICHEN MEHRWERT

Software soll nicht nur kommerziell attraktiven Zielen dienen können. Zusätzlich zur Förderung von Start-ups wollen wir auch digitale Projekte mit gesellschaftlichem Mehrwert fördern, die nicht kommerziell realisierbar sind. Beispiele hierfür sind Anwendungen im Bereich der Bildung, in denen Datenschutz, Qualität und Wiederverwendbarkeit wichtig sind. Dabei sollen auch Initiativen zur Sammlung von Ideen für Digitalisierungsprojekte gefördert werden. Denkbar sind hier runde Tische und andere Formen der Bürgerbeteiligung.

Software, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, muss unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, damit sie allen zur Verfügung steht. Im ersten Schritt betrifft dies Software, die für spezielle Anwendungsfälle eines öffentlichen Auftraggebers entwickelt wird. Ein bekanntes Beispiel ist die Corona-Warn-App. Eine Veröffentlichung bietet mehrere Vorteile. So kann die Software etwa auch von anderen genutzt und verbessert werden, davon profitiert auch der ursprüngliche Auftraggeber. Außerdem ist es dadurch einfacher, Sicherheitslücken zu identifizieren und zu schließen.

Unsere Forderungen

- ✓ Finanzielle Förderung von digitalen Projekten mit gesellschaftlichem Mehrwert
- ✓ Freie Zugänglichkeit staatlich finanzierter Software

LANDWIRTSCHAFT

In kaum einem anderen Wirtschaftszweig treffen Fortschritt und Tradition so stark aufeinander wie in der Landwirtschaft. Wir setzen uns ein für die Entwicklung hin zu einer effizienten und zugleich umweltfreundlichen Landwirtschaft. Als progressive Partei sehen wir hierbei im technologischen Fortschritt keinen dogmatischen Feind, sondern die Grundlage, um unsere Nahrungsversorgung nachhaltig sicherzustellen und unsere Umwelt zu schützen.

Die Verbesserung bestehender und vor allem auch die Entwicklung ganz neuer landwirtschaftlicher Technologien sind für den Umweltschutz von strategischer Bedeutung und müssen entsprechend offen angegangen, erforscht und bei Bedarf gefördert werden. Verstärkte Automatisierung und Digitalisierung sowie neue Ansätze wie Vertical Farming bergen großes Potenzial, in diesem wichtigen Wirtschaftssektor benötigte Flächen zu reduzieren. Dies erlaubt es, freiwerdende Flächen als Rückzugsräume für die Tier- und Pflanzenwelt zu nutzen und zu renaturieren, was wir zum Schutz der Biodiversität durch entsprechende Anreize fördern wollen.

Durch weitere innovative Konzepte wollen wir diese nachhaltige Intensivierung noch stärker vorantreiben und damit die Artenvielfalt schützen, etwa durch effizienteren Pestizideinsatz mithilfe von Robotik, aber auch durch moderne Gentechnik, die Ertrag und Widerstandsfähigkeit von Pflanzen erhöhen kann. Wissenschaftlich nicht haltbare Hürden beim Einsatz dieser Technologien müssen daher abgebaut werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und der weiterhin wachsenden Bevölkerung besteht hier erhöhter Forschungsbedarf.

Steigende Erwärmung, Austrocknung, Überschwemmungen und Versalzung führen bereits heute zu Ernteverlusten und dem Verlust von Anbauflächen. Grüne Gentechnik, die sich mit Veränderungen am Genom von Pflanzen befasst, kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wir befürworten einen verantwortungsvollen Einsatz dieser Technologie, da die wissenschaftliche Studienlage zu Gentechnik eindeutig ist. Ebenso setzen wir uns für eine wissenschaftlich fundierte Bewertung von sachgemäß angewendeten Pflanzenschutzmitteln ein. Aus unserer Sicht sind effizient eingesetzte Pestizide, die Ackerfrüchte vor Schädlingen schützen und zugleich möglichst minimale Nebenwirkungen auf die restliche Umwelt haben, auch in näherer Zukunft nicht zu ersetzender Bestandteil unserer Landwirtschaft.

Misstände in der Tierhaltung, insbesondere der Massentierhaltung, müssen beendet werden. Wir setzen uns darum für ein Ende des Kastenstands ein. In Tierbetrieben müssen artgerechte Haltungsbedingungen gewährleistet werden. Wir setzen uns außerdem für verstärkte Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung als Ergänzung und Alternative zur konventionellen Produktion ein. Wesentliche Fortschritte konnten beispielsweise bereits im Bereich Kulturfleisch sowie bei rein pflanzlichen Alternativen verzeichnet werden. Aussichtsreiche Ansätze dieser Art verdienen aufgrund ihrer potenziell weitreichenden

positiven Folgen für das Tierwohl, die Umwelt und das Klima besondere Förderung. Öffentlich geförderte Kantinen, etwa Mensen an Universitäten, sollen aus diesem Grund auch verpflichtet werden, täglich zumindest eine vollwertige vegane Essensoption anzubieten.

Unsere Forderungen

- ✓ Forschungsförderung für neue Technologien in der Landwirtschaft
- ✓ Anreize zur verstärkten Automatisierung und Digitalisierung der Landwirtschaft
- ✓ Schaffung von Rückzugsräumen für die Tier- und Pflanzenwelt
- ✓ Evidenzbasierter Umgang mit neuen Technologien wie grüner Gentechnik
- ✓ Artgerechte Bedingungen und Beseitigung von Missständen in der Tierhaltung
- ✓ Förderung von nachhaltigen Tierfleischalternativen

SÄKULARISIERUNG

Wir sehen die Bundesrepublik Deutschland perspektivisch als einen laizistischen Staat, der unbeeinflusst von religiösen oder sonstigen Weltanschauungen oder Ideologien für alle Bürger des Landes gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen hat.

Für uns bedeutet dies insbesondere, dass der Staat und mit öffentlichen Aufgaben betraute Institutionen gegenüber dem Bürger grundsätzlich religiös-weltanschaulich neutral auftreten und dass religiös-weltanschauliche Überzeugungen einzelner Gruppen nicht länger für alle Bürger verbindlich gemacht werden. Wir fordern daher die Streichung des Gottesbezugs und anderer religiös begründeter Sonderrechte aus dem Grundgesetz, den Landesverfassungen und sonstigen Gesetzen.

Daher sind Religionsunterricht und Weltanschauungsunterricht an allen staatlichen Schulen abzuschaffen und durch ein allgemeines Pflichtfach Ethik zu ersetzen, welches von der ersten Klasse an erteilt wird. Damit auch genug Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wollen wir entsprechende Weiterbildungen für Religionslehrer sowie zusätzliche Lehrstühle und Lehramtsstudiengänge für das Fach Ethik an den Hochschulen einrichten. Die Konfessionszugehörigkeit der Schüler darf von den Schulen nicht länger erfasst werden.

In den Landesverfassungen sind die betreffenden Artikel, durch die der Religionsunterricht zum ordentlichen Lehrfach erklärt wird, zu streichen. Wir halten dies verfassungsrechtlich für möglich, da das Grundgesetz die Einrichtung bekenntnisfreier staatlicher Schulen bereits vorsieht. Verträge der Länder oder des Staates mit den Glaubensgemeinschaften, in denen die Erteilung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen zugesichert wird, sind zu kündigen. Zur Not sind die entsprechenden Bestimmungen von staatlicher Seite einseitig außer Kraft zu setzen.

Kirchen, die im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, müssen sich in Bezug auf das Arbeitsrecht „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ (Artikel 140 Grundgesetz) bewegen. Bezogen auf Beschäftigte und andere nicht-kirchliche Leistungserbringer muss auch der allgemeine Gleichheitsgrundsatz erfüllt sein. Das allgemeine Arbeitsrecht soll auch in diesem Bereich gelten, sodass sich Beschäftigte in Gewerkschaften organisieren und den Arbeitskampf als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen können. Eingriffe in das Privatleben zur Durchsetzung religiöser Moralvorstellungen sind zu verbieten.

Unsere Forderungen

- ✓ Abschaffung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts
- ✓ Einführung eines allgemeinen, verpflichtenden Ethikunterrichts
- ✓ Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts in der Daseinsvorsorge
- ✓ Streichung des Gottesbezugs aus allen Rechtstexten

WISSENSCHAFT

Wir sind fest davon überzeugt, dass Fakten, Rationalität und wissenschaftliche Methoden die geeignetsten Mittel zu einer im Ergebnis fundierten und zielgerichteten Entscheidungsfindung sind. Damit die Wissenschaft ihre wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen kann, muss sie frei von ökonomischen Zwängen und ideologischer Instrumentalisierung sein. Wir wollen die bestmöglichen Bedingungen für Wissenschaft und Forschung. Für gesellschaftlichen Fortschritt und politische Entscheidungsfindung sind die Erkenntnisse der Wissenschaft unabdingbar – auf ihrer Basis können unsere nationalen und globalen Herausforderungen gemeistert werden. Insbesondere Grundlagenforschung, die zunächst keinen kurzfristigen ökonomischen Nutzen verspricht, möchten wir intensiver fördern.

Weiter braucht es für Wissenschaftler sichere Beschäftigungsbedingungen, damit sie sich effektiv auf die Forschung konzentrieren können. Wir legen Wert auf eine bessere Finanzierung der Forschung, das Schaffen neuer Stellen und die Entfristung von Verträgen. Der prekären Beschäftigungssituation des akademischen Mittelbaus an Hochschulen soll durch eine Förderung von Dauerstellen nach der Promotion begegnet werden. Auch müssen mehr Dauerstellen außerhalb des universitären Betriebs, etwa zur Reproduktion von Studienergebnissen, Vereinheitlichung von Forschungsfeldern und zur Wissenschaftskommunikation, geschaffen werden.

Hohe Qualitätsstandards der Forschung müssen gewährleistet und die Wissenschaftskommunikation verbessert werden. Open-Data-Konzepte und die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sollen aktiv verbessert und finanziert werden: Wissenschaft muss der Bevölkerung zugänglich sein und die wissenschaftliche Arbeitsweise Vorbildcharakter für Ausbildung und Bildung jeder Art haben. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen durch eine allgemeinverständliche, sachliche Darstellung sowie durch kompetente Diskussion in den Medien und in der Öffentlichkeit allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden. Zuletzt müssen Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Institutionen finanziert wurden, für die Öffentlichkeit auch frei zugänglich sein.

Wir halten in der Finanzierung der Wissenschaft Transparenz für notwendig, um Interessenskonflikte und Einflussnahmen erkennen und vorbeugen zu können. Alle rechtlichen Hürden des freien wissenschaftlichen Austausches möchten wir, soweit es unter Wahrung der geistigen Eigentumsrechte der Urheber möglich ist, versuchen abzubauen.

Das inkonsistente Handeln der regierenden Parteien in der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur COVID-19-Pandemie hat erneut verdeutlicht, wie dringend der Einzug einer wissenschaftsbasierten Stimme in das Parlament ist. Wir wollen in einem Land leben, in dem Wissenschaftler nicht verlacht oder gar bedroht werden und in dem die Strategien der Politik – unter anderem zur Pandemiebekämpfung – auf deren Arbeit aufbauen.

Unsere Forderungen

- ✓ Verstärkte Förderung von Grundlagenforschung
- ✓ Schaffung von Dauerstellen nach der Promotion
- ✓ Zugänglichkeit und Klarheit öffentlich geförderter Forschungsergebnisse
- ✓ Verbesserte Transparenz in der Wissenschaftsförderung
- ✓ Konsequente wissenschaftsorientierte Politik

EUROPA

Die Europäische Union hat sich seit über 70 Jahren als Garant für Freiheit und Freizügigkeit, Frieden und Vielfalt in Europa bewährt. Im Zuge der unumkehrbaren wirtschaftlichen Globalisierung, von der wir in Deutschland und Europa massiv profitieren, ist die Bedeutung der EU weiter gewachsen. Wir bekennen uns klar zu einem vereinten Europa. Wir sind überzeugt, dass es einen vollwertigen Staat Europa braucht, um die Herausforderungen unserer Zeit anpacken zu können. Auch um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wollen wir, dass der Europatag am 9. Mai zum gesetzlichen Feiertag wird.

Wir setzen uns ein für die Vollendung der Europäischen Union zu einer vollwertigen Bundesrepublik Europa. In diesem föderal aufgebauten Staat sind die Menschen der wichtigste Bezugspunkt. Wir wollen die Probleme der EU beheben und sie demokratischer, bürgernäher und effizienter machen. An die Stelle der Nationen treten bei uns starke, sich selbst verwaltende Regionen, über deren Gebiet und Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Europa die Bürger in Volksabstimmungen entscheiden. Dadurch bewahren wir die kulturelle Identität der Regionen und sichern gleichzeitig die Gemeinschaft als Ganzes.

Wir wollen mit unserem Angebot sowohl die Europa-Enthusiasten und Föderalisten als auch die gemäßigten Kritiker zusammenbringen, denn nur gemeinsam können wir ein besseres Europa und damit eine bessere Welt schaffen. Deshalb stellt unser Modell stets auch einen Kompromiss zwischen Idealen und Pragmatismus, zwischen regionaler Identität, nationalem Zugehörigkeitsgefühl, europäischer Identität und Überstaatlichkeit dar.

Deswegen möchten wir noch enger mit unseren europäischen Nachbarn zusammenwachsen und setzen uns für einen stärker vernetzten Fernverkehr mit dem Norden Europas ein. Gleichzeitig wollen wir länderübergreifende Bildungsprojekte wie den multinationalen Universitätsverbund sowie europäische Schülerprojekte fördern. Wir setzen uns außerdem für die Schaffung einer europäischen Zentrale für politische Bildung ein, um europäische Grundwerte und demokratische Kompetenzen zu vermitteln.

Wir wollen aktuelle Probleme auf europäischer Ebene angehen und setzen uns daher für mehr Kooperation in wichtigen Fragen ein. So streben wir langfristig eine Zusammenarbeit von jenen Regionen an, die vom Klimawandel in Form des Anstiegs des Meeresspiegels am schlimmsten betroffen wären. Diese Zusammenarbeit bezieht sich nicht nur auf wirkungsvolle Schutzmaßnahmen, sondern auch auf die Förderung bestimmter Forschungsprojekte, wie etwa des Climate Engineering mit Schwerpunkten auf dem arktischen Eisschild, dem Solar Radiation Management und negativen Emissionstechnologien.

Unsere Forderungen

- ✓ Erklärung des Europatags am 9. Mai zum gesetzlichen Feiertag
- ✓ Förderung länderübergreifender Bildungs- und Infrastrukturprojekte
- ✓ Schaffung einer europäischen Zentrale für politische Bildung
- ✓ Lösung gemeinschaftlicher Herausforderungen auf europäischer Ebene
- ✓ Bundesrepublik Europa mit lokaler Vertretung im Rat der Regionen

WAR DAS SCHON ALLES?

Natürlich nicht! Als Partei der Humanisten haben wir den Anspruch, eine Vollprogrammparty zu sein. Einige (ergänzte) Auszüge aus unserem Grundsatzprogramm findest du weiter unten – und viele weitere Punkte auf unserer Internetseite: www.diehumanisten.de

PSYCHOAKTIVE SUBSTANZEN

Wir fordern einen Wandel hin zu einer aufgeklärten Drogenpolitik. Die Prohibition verfehlt nicht nur das erklärte Ziel, den Konsum von psychoaktiven Substanzen zu reduzieren, sondern führt dazu, dass Konsum und Handel unkontrolliert, unreguliert und nicht aufgeklärt stattfindet. Dies führt zudem zu einer blühenden Kriminalität.

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung an psychoaktiven Substanzen fördern, um deren Gesundheitsgefährdung und Suchtpotenzial zu erschließen. Die neutralen Informationen über die Zusammensetzung und Risiken der psychoaktiven Substanzen, zu denen auch Nikotin und Alkohol gehören, schützen den Nutzer und unterstützen einen aufgeklärten Umgang mit diesen.

Wir fordern, den Umgang mit psychoaktiven Substanzen grundsätzlich zu legalisieren und entsprechend dem wissenschaftlichen Stand differenziert zu behandeln, zu regulieren und zu kontrollieren. Die Einnahmen aus einer einheitlichen Drogensteuer und die Einsparungen aus einer entfallenden, kostenintensiven Repression könnten beispielsweise einen deutlichen Ausbau der Forschung, Drogenprävention und Suchthilfe ermöglichen.

UMWELTSCHUTZ

Der Mensch ist eine enorme gestalterische Kraft auf diesem Planeten. Eingriffe in die belebte und unbelebte Natur sind die Grundlage jeder Zivilisation, verändern aber auch die elementaren Kreisläufe des Lebens. Folgen davon sind unter anderem Klimaveränderungen, instabile Ökosysteme und Verluste an Arten- und Biotopvielfalt. Dies hat bereits heute massive negative Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, schädliche Einflüsse auf Lebewesen und Umwelt auf ein mögliches Minimum zu reduzieren.

Wir betrachten Prävention und Regeneration als zentrale Konzepte für den Umweltschutz. Unter Prävention verstehen wir die Verringerung weiterer Zerstörungen und Verschmutzungen, etwa durch bewussteren Konsum und verstärktes Recycling von Ressourcen. Zudem sehen wir viel Potenzial für den Umweltschutz in der Verbesserung bestehender und der Entwicklung neuer Technologien in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen und im Energiesektor. Regeneration ist notwendig, um die vom Menschen verursachten Belastungen der Umwelt nachhaltig zu beseitigen und so ihre

negativen Auswirkungen zu verringern. Wo Schaden an der Umwelt entsteht, fordern wir sinnvolle Regenerations- und Ausgleichsmaßnahmen.

Grundlage für Prävention und Regeneration ist das Verständnis der ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge. Wir unterstützen daher im Sinne der nachhaltigen Entwicklung explizit die Forschungsförderung auf diesen Gebieten sowie die Verankerung entsprechender Inhalte in Lehrplänen.

WIRTSCHAFT

Die soziale Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit, fairem Interessenausgleich und Hilfe zur Selbsthilfe vereinbar ist. Unser Ziel ist eine Marktwirtschaft, die sowohl von staatlicher Willkür als auch von monopolisierter Wirtschaftsmacht frei ist und sich am Wohle aller ausrichtet.

Eine vitale und dynamische Wirtschaft ist Voraussetzung für soziale Wohlfahrt. Daraus resultiert unser Eintreten für den Wettbewerb, für Existenzgründungen und das Verhindern von Monopol- und Kartellbildung. Der Wirtschaft sollen faire Rahmenbedingungen ohne unnötige Belastungen eingeräumt werden.

Digitalisierung, Automatisierung und Innovationen steigern die Effizienz der Wirtschaft und haben großen Einfluss auf unser Alltags- und Arbeitsleben. Die Entwicklung in der Forschung zur künstlichen Intelligenz und zum autonomen Fahren lassen weitere gravierende Änderungen erahnen. Deutschlands Wohlstand basiert auf einem starken Mittelstand und der Maschinenbaubranche. Auch sie unterliegen einem starken Wandel und konkurrieren weltweit um ihre Position.

Ein offener Austausch von Waren und Technologie hat sich in Europa und weiten Teilen der Welt als Garant für Frieden und Wohlstand bewährt. Die fortschreitende Globalisierung stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Unternehmen sind in ihrer Politik weiter als Nationalstaaten und agieren schon länger international. Das führt unter anderem dazu, dass sich für sie Möglichkeiten ergeben, Steuern zu vermeiden oder nationale Richtlinien, wie Mindeststandards oder Arbeitsschutzrechte, zu umgehen. Die Antwort darauf kann aber kein Zurück zum Nationalstaat sein, sondern nur ein Mehr an internationaler Kooperation. Wir setzen uns für internationale Verträge ein, die nicht nur freien Warenaustausch, sondern auch ein faires Steuer- und Arbeitsrecht im Blick haben.

Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist besonders geprägt durch den Tourismus, der allerdings im Zuge der Corona-Pandemie sehr gelitten hat. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass dieser essenziell wichtige Wirtschaftszweig schnellstmöglich wieder sein altes Niveau erreichen kann und dieses mittelfristig noch übertrifft. Hierzu sind gezielte Investitionen in die Standorte ebenso notwendig wie die Nutzung neuer Technologien. Gleichzeitig wollen wir die kulturelle Identität Schleswig-Holsteins mit allen gastronomischen Einzigartigkeiten erhalten und fördern.

SICHERHEIT

Wir wollen die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, ohne deren Freiheit unnötig zu beschränken. Im Zweifel entscheiden wir uns für die Freiheit.

Wir unterstützen den föderalen Aufbau der Polizei, legen jedoch Wert auf bundeseinheitliche Mindeststandards. Zudem muss die bundes- und auch europaweite Zusammenarbeit stark ausgebaut werden. Dies begründet sich in der zunehmenden Mobilität und Internationalität krimineller Akteure. Die Polizei muss einer eindeutigen Kennzeichnungspflicht unterliegen. Bei der Ausbildung muss der Schwerpunkt auf einem aktiven und sensiblen Entscheidungsträger, der verantwortungsbewusst und deeskalierend arbeitet, liegen. Um beim Verdacht auf unrechtmäßig getroffene oder durchgesetzte Maßnahmen sachgerecht und neutral zu ermitteln, ist eine unabhängige Dienststelle notwendig. Extremistischen oder staatsfeindlichen Tendenzen innerhalb der Reihen der Gesetzeshüter muss entschieden entgegengetreten werden.

Damit der ebenfalls föderalistisch angelegte Verfassungsschutz seinen Aufgaben gerecht werden kann, muss für eine bessere Kontrolle durch die parlamentarische Aufsicht gesorgt werden. Die Organisation, Kompetenzen und Befugnisse der deutschen Nachrichtendienste müssen so ausgearbeitet werden, dass sie den Erfordernissen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung, insbesondere der Terrorbekämpfung, Spionageabwehr und Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen, gerecht werden. Gleichzeitig soll dabei ein größtmöglicher Datenschutz gewährleistet und unsachgemäße Sammlung persönlicher Daten verhindert werden.